

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Vereins-Zentralrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf.  
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Ami Alexander, Nr. 4730.

Nr. 83/84.

Berlin, Sonnabend, 20. Oktober 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang.

### Inhalts-Verzeichnis.

Gegen Quertreibereien! — Ein Fortschritt in der Heimarbeit-Gesetzgebung. — Neue Wege in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge. — Allgemeine Rundschau. — Aus dem Verbands- — Anzeigen.

### Gegen Quertreibereien!

Die Deutschen Gewerksvereine haben seit ihrem Bestehen es als einen ihrer obersten Grundzüge betrachtet, die parteipolitische Neutralität zu wahren. Jeder Arbeiter ist ihnen als Mitglied willkommen, gleichviel welches politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis er hat. Nur auf diesem Boden hatten die Gewerksvereine die einheitliche Arbeiterbewegung für möglich. Daß dieses würdigen Ziel nicht erreicht ist, kann unserer Organisation nicht auf das Schuldkonto geschrieben werden. Wir haben, als Verband, trenn an diesem Grundzug bisher festgehalten, und das wird auch weiter geschehen. Was die einzelnen Mitglieder tun, wo sie sich politisch betätigen wollen, daß ist ihre ureigenste Angelegenheit. Nur da ß sie sich überhaupt betätigen, um Einfluß in den politischen Parteien zu gewinnen und in ihnen für die Ideen und Forderungen der Deutschen Gewerksvereine zu wirken, wird ihnen immer und immer wieder zur Pflicht gemacht.

Wo von diesen Grundzügen abgewichen worden ist, wo man die Politik in die Organisation, in die Ortsvereine und Ortsverbände, hineinzutragen versucht hat, da ist es noch immer zur Uneinigkeit und zur Vermengung der Organisationsarbeit gekommen. Dafür ließen sich Beispiele anführen, die noch gar nicht so weit zurückliegen, und das gilt nicht nur für unsere, sondern auch für andere Organisationen. Wir erinnern da nur an die Vorgänge in Leipzig, die wir kürzlich geschildert haben. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter müssen also in ihrem eigenen Interesse darauf bedacht sein, daß sie freibleiben von dem Treiben der Parteipolitik; sie müssen bedenken, die dennoch den Parteifreitag in die Organisationen hineinzubringen versuchen, mit aller Deutlichkeit die Tür weisen.

Ein Störenfried ist neuerdings in der neugegründeten „Vaterlandspartei“ entstanden, deren Gebaren in den letzten Wochen im Deutschen Reichstage mit berechtigter Schärfe gebrandmarkt worden ist. Der Mißbrauch, den höhere Beamte und sogar Offiziere ihren Unterbenen gegenüber mit ihrer Stellung getrieben haben, indem sie in amtlicher Eigenschaft zum Eintritt in die „Vaterlandspartei“ aufforderten, bedarf nach der Kennzeichnung im Reichstage keiner weiteren Kritik. Auf Arbeiter hat man, wie verschiedenes an uns gerichtete Briefe erkennen lassen, denselben Gewissensdruck ausgeübt. In verschiedenen größeren Betrieben haben Meister und andere Vorgesetzte unter den Arbeitern Unterschriften für die Vaterlandspartei gesammelt. Also zu dem gewerkschaftlichen Druck, den man dadurch ausübt, daß man die Arbeiter in die gelben Vereine hineinpreßt, ist nun auch noch ein politischer gekommen. Allzuoft freilich wird der Erfolg dieser Propaganda nicht sein, und schwere Kämpfe kann man mit so gewonnenen Mitgliedern nicht durchführen. Die ganze Art der Werbearbeit ist gar zu erbärmlich und verrät deutlich die innere Schwäche der Bewegung, die zu solchen Mitteln greifen muß.

Aber man hat noch andere zugkräftigere Mittel angewandt, und die sind es, gegen die wir uns als Organisation mit aller Entschiedenheit

wenden müssen. Man versucht auch, um nach außen hin Eindruck zu machen und die Anziehungskraft zu verstärken, die Organisationen der Arbeiter vor den Karren zu spannen. So hat man in Stolp i. Pom. unter eine Versammlungsanzeige, in der die Gründung einer Ortsgruppe der Vaterlandspartei angekündigt wurde, die Unterschrift unseres dortigen Ortsverbandes gesetzt. Als gegen diesen offenkundigen Mißbrauch unseres Namens Protest erhoben und seitens der Mitglieder Aufklärung verlangt wurde, stellte es sich heraus, daß der Vorsitzende des Ortsverbandes von einem angesehenen Herrn in Stolp zu einer Besprechung eingeladen war, in der er für die Beteiligung an einer Kundgebung gegen die Wilsonnote gewonnen wurde. Daß es sich um eine Propagandaveranstaltung für die Vaterlandspartei handelte und darum, daß der Ortsverband als solcher seine Unterschrift geben sollte, darüber hat man den Kollegen im unklaren gelassen. Dazu seine Zusage zu geben, hätte der Ortsverbandsvorsitzende ohne Beschluß des Ausschusses auch gar kein Recht gehabt. Die Unterschrift erfolgte dennoch, und sofort war der Krach im Ortsverbande fertig. Da in diesem Fall der Vorsitzende offenbar das Opfer einer Irreführung geworden und im Ortsverbande darüber Aufklärung gegeben ist, wird die Angelegenheit hoffentlich nunmehr erledigt sein, und die Kollegen werden gemeinlichlich ihre Arbeit im Interesse unserer Organisation wieder aufnehmen. Wäre es anders, so hätten die Vaterlandsparteiler ja ihr Ziel, Uneinigkeit zu säen, erreicht.

Um aber solchen und ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen, hat der Zentralrat in seiner letzten Sitzung zu der Werbätigkeit der „Vaterlandspartei“ Stellung genommen. Unser parlamentarischer Syndikus, Herr Reichs- und Landtagsabgeordneter Weinhäuser, hatte das einleitende Referat übernommen. Er schilderte die Entstehung dieser Partei, die gar keine Partei sein will, ihr Programm und ihre verschiedenen Auftritte, die voller Widersprüche und Hinterhältigkeit sind. Ihr wahrer Zweck ist, gegen die Reichstagsmehrheit zu haben und die Durchführung innerer Reformen zu hindern. Die schärfste Kritik fordert die Art heraus, wie die „Vaterlandspartei“ Anhänger zu gewinnen sucht. Vor dem schlußmässigen Gewissenszwang schreckt man nicht zurück. Denkende Arbeiter können sich einer solchen Partei nicht anschließen oder ihr Vorschub leisten. Sie würden damit ihren schlimmsten Gegnern in die Hände arbeiten. Zum Schluß schlug Herr Weinhäuser folgende Entschließung vor:

Der Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine hält die innere Einigkeit des deutschen Volkes gerade in gegenwärtiger Zeit, wo die Feinde mit dem Aufgebote ihrer letzten Kräfte verweigert gegen den feldgrauen Schutzwall der deutschen Heimat anstürmen, für besonders notwendig. Er begrüßt daher alle Maßnahmen und Einrichtungen, die diese Einigkeit wirklich fördern und erhalten, und ersucht alle Ortsverbände, Ortsvereine und Einzelmittglieder im Lande, solche Bestrebungen, wie bisher, so auch weiterhin hingebungsvoll zu unterstützen.

Die „Deutsche Vaterlandspartei“ vermag aber der Zentralrat nicht als gewinnliche Förderin der inneren Einigkeit anzuerkennen. Er sieht vielmehr in dem Auftreten dieser Partei, auch wenn sie angeblich nur für die Kriegszeit ins Leben gerufen wurde, einen neuen Anlaß zur Verschärfung der innerpolitischen Kämpfe. Da diese Partei ihre Werbearbeit auch in

unsere Organisation hineinzutragen versucht, richtet der Zentralrat an alle Ortsvereine und Ortsverbände der Deutschen Gewerksvereine die dringende Aufforderung, alle Versuche der „Vaterlandspartei“ kraftvoll zurückzuweisen. Die darauf gerichtet sind, die einzelnen Glieder der Organisation als solche vor ihren Wagen zu spannen und sie für ihre, die Einigkeit zerstörenden Zwecke zu mißbrauchen.

Nach kurzer zustimmender Aussprache wurde diese Entschließung einstimmig angenommen. Damit ist hoffentlich den Quertreibern, soweit die Deutschen Gewerksvereine in Betracht kommen, das Handwerk gelegt, denn es darf nunmehr erwartet werden, daß alle Glieder unserer Organisation nach dieser Entschließung handeln werden. Das erfordert die Einigkeit in unserem Verbands, der nicht zum Tummelplatz politischer Umtriebe gemacht werden darf. Die deutschen Arbeiter haben jetzt wichtigere Dinge zu tun, ihre Organisationen bedeutendere Aufgaben zu lösen, als sich als Spielball politischer Agitatoren mißbrauchen zu lassen, die letzten Endes die schlimmsten Feinde der deutschen Arbeiter und ihres Ausfluges sind. Zu politischer Betätigung bietet sich für diese Gelegenheit genug; dazu bedarf es wahrlich nicht noch einer neuen Partei. Wo dies also offen oder auf Umwegen Eingang bei uns zu gewinnen sucht, Kollegen, da schlaßt ihr kräftig die Tür vor der Nase zu!

### Ein Fortschritt in der Heimarbeit-Gesetzgebung.

Es ist noch nicht lange her, da veröffentlichten wir eine Zuschrift aus Heimarbeitertreuen, in der bittere, aber berechtigte Klage darüber geführt wurde, daß das Hausarbeitgesetz noch immer nicht zur Durchführung gebracht sei. Nach langwierigen Beratungen und Beratungen hatte im Dezember 1911 der Reichstag endlich das Hausarbeitgesetz verabschiedet, das nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats am 1. April 1912 in Kraft trat. In Wirklichkeit aber stand das Gesetz nur auf dem Papier, da der Zeitpunkt für das Inkrafttreten der §§ 3 und 4, die die Lohnverzeichnisse und Lohnbücher vorsehen, von dem Erlaß einer kaiserlichen Verordnung abhing, die ausblieb, und auch die weiter in Gesetz vorgesehene Sachauschüsse nicht eingeführt wurden. Unter diesen Umständen war das Hausarbeitgesetz völlig wertlos, und Dr. Käthe Gabel hatte durchaus Recht, als sie in dem in diesem Jahre gemeinsam mit Dr. v. Schulz herausgegebenen Buche „Die Heimarbeit im Kriege“ das Hausarbeitgesetz folgendermaßen kennzeichnete:

„Bei nüchternen Prüfung dessen, was das Hausarbeitgesetz als wirklich greifbares, praktisches Ergebnis dem Heimarbeiter gebracht hat, bleibt so gut wie nichts übrig. In einigen Betrieben ist die Zeiterfassung beim Liefern und Abholen der Arbeit verringert. In einigen Hausarbeitsbetrieben sind hygienische Mängel abgestellt. Das ist alles! Das ist der bisherige Erfolg eines Gesetzes, das nach langjährigen Beratungen sozialpolitischer Kreise, nach dreijährigen Reichstagsberatungen geschaffen wurde zur Abstellung von Rohständen, die so schreiend waren, daß sie im Jahre 1908 (anlässlich der Deutschen Demerit-Ausstellung in Berlin) den Kaiser zu einem für sozialpolitische Fragen ungewöhnlichen Vorgehen, der Einberufung des Kronrats, veranlaßten hatten. Diese tiefbedauerliche Tatsache ist nicht allein durch die Mängel des Gesetzes bedingt, sondern auch durch das völlige Versagen der ausführenden Instanzen. Heute,

fünf Jahre nach Erlass des Gesetzes, ist noch so gut wie nichts geschehen, um seine wichtigsten Bestimmungen in Kraft zu setzen.

Endlich jetzt ist wenigstens ein Schritt vorwärts getan worden. Fast 6 Jahre nach Erlass des Gesetzes ist unter dem 3. Oktober die kaiserliche Verordnung erschienen, durch welche die §§ 3 und 4 mit dem 1. Januar 1918 in Kraft gesetzt werden. Sie haben folgenden Wortlaut:

§ 3. In denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgeübt oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß, soweit es sich nicht um Werkstätten der im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Art handelt, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Lohnverzeichnissen oder Aushängen von Lohn Tafeln die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu orientieren. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht.

Der Bundesrat kann zur Ausführung dieser Bestimmung nähere Anordnungen erlassen, gegebenenfalls für einzelne Bezirke. Er kann für bestimmte Gewerbebezüge oder Betriebsarten auf Antrag beteiligter Ausnahmen gewähren.

Der Bundesrat kann vorschreiben, daß, soweit das Arbeitsentgelt in Preisen zum Ausdruck kommt, die Preise gemäß Abs. 1, 2 bekanntgegeben werden.

Die Bestimmungen des Bundesrats werden durch das Reichsanzeigerblatt veröffentlicht und dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

§ 4. Wer Arbeit für Hausarbeiter ausübt, ist, soweit nicht die Ausgabe in Werkstätten der im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Art stattfindet, verpflichtet, hierbei denjenigen, welche die Arbeit entgegennehmen, auf seine Kosten Lohnbücher oder Arbeitsgettel auszufertigen, welche Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise enthalten. Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht.

Für einzelne Gewerbebezüge, Betriebsarten oder besondere Gruppen von Betrieben oder Hausarbeitern kann der Bundesrat auf Antrag beteiligter Ausnahmen gewähren.

Soweit der Bundesrat auf Grund von § 114a der Gewerbeordnung Lohnbücher oder Arbeitsgettel vorschreiben hat, gelten die Vorschriften der Abs. 1, 2 nicht.

Wer die Verhältnisse in der Heimarbeit kennt, wird die kaiserliche Verordnung mit Freude begrüßen, die allerdings dadurch etwas beeinträchtigt wird, daß durch eine andere, kurz vorher ergangene Verordnung nicht unerhebliche Ausnahmen zum § 3 Abs. 1 Satz 1 gemacht werden. Es sollen nämlich widerrechtlich ausgenommen werden solche an Hausarbeiter auszugebende Arbeiten, welche nach besonderen Angaben des Bestellers auszuführen sind und von den durch Namen, Nummern, Musterstücke, Zeichnungen und dergleichen für den Verkauf festgesetzten Grundmaßen wesentlich abweichen, solange sie nicht durch Wiederholung ständige Verkaufsgegenstände geworden sind. Von der Pflicht zur offenen Auslage von Lohnverzeichnissen oder zum Aushängen von Lohn Tafeln sind befreit für das ganze Reichsgebiet die Zümelbionetterie und Kettenfabrikation, das Nähen von Puppenförmern und Puppenkleidern, das Konfektionieren von Sockenstrümpfen, Gürteln und Strumpfhältern; für einzelne Gebiete die Steinschleiferei, Handweberei, Spachtel- und Lambourin-Industrie, Tuchweberei, Teile der Potamcentenindustrie, das Ausbessern gebrauchter Säge, die Attrappenherstellung. Von der Pflicht zur Aushängung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln sind befreit die Tapissierwarenherstellung, kunstgewerbliche Sonderarbeiten wie Stickereien, Häkelereien, Brandmalereien, Schnitzereien, Glas- und Porzellanmalereien usw. und schließlich die Weißgerberei, Wäschefäbrikerie und Herstellung von Sohlkämmen, soweit sie nach besonderer Angabe des Bestellers auszuführen sind und von den Grundmaßen erheblich abweichen, solange sie nicht durch Wiederholung ständige Verkaufsgegenstände geworden sind.

Die Ausführungsbestimmungen, die der Bundesrat im übrigen erlassen hat, lauten:

1. Die Lohnverzeichnisse und die Lohn Tafeln sind durch geeignete Bildung von Gruppen und nötigenfalls Untergruppen möglichst übersichtlich zu gestalten und, soweit es zur Erreichung dieses Zweckes erforderlich ist, jeweils neu aufzustellen.

2. Die Eintragungen sind mit Tinte oder Tintenstift oder durch ein anderes dauerhaftes Schreib- oder Druckverfahren herzustellen und dauernd so lange deutlich lesbar zu erhalten, wie die eingetragenen Arbeiten betraffen werden.

3. Keine Arbeit darf unter mehr als einer Nummer oder mehr als einem Kennwort eingetragen werden.

Einem gewissen Lohnbuch- und vor allem der unterschiedlichen Bezahlung der Heimarbeiter wird durch die kaiserliche Verordnung ein Ende ge-

macht. Jeder weiß jetzt, was er für seine Leistung zu beanspruchen hat. Die Lohnfrage an sich wird dadurch freilich noch nicht gelöst. Dazu können die Fachanschnitte, die zu Lohnbüchern ausgebaut werden müssen, viel beitragen. Die verschiedenen Organisationen der Arbeiter, die Gesellschaft für Soziale Reform, das Büro für Sozialpolitik, der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinteressen, die durch unablässiges Nahlen und Drängen zweifellos viel zur Inkraftsetzung der §§ 3, 4 beigetragen haben, werden gewiß nicht ruhen, bis auch die Fachanschnitte zur Einführung gelangt sind. Ihr Einfluß aber wird um so stärker sein und die Möglichkeit, eine Heranführung der Löhne zu erwirken, um größer, je feiter und umfassender sich die Heimarbeiter und Heimarbeiterrinnen zusammenschließen, je mehr unter ihnen der Organisationsgedanke Boden findet.

### Neue Wege in der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nicht gleich Wundheilung und sie ist auch nicht gleich Rentenverteilung. Beides gehört zu ihr. Die anatomische Teilung schafft die grundlegenden Voraussetzungen der funktionellen Teilung, die das eigentliche Ziel der Bewundnenbehandlung ist. Und die Gewährung von Renten an Schwerverletzte ist unter Umständen zur Lebenssicherung notwendig. Aber der Kern der Aufgabe ist die Wiederherstellung des individuellen und sozialen Arbeitswertes der Kriegsbeschädigten. Der einarmige oder einbeinige Weiermann mit dem Eisernen Kreuz auf der Brust, jenes oft zitierte Beispiel aus der Zeit nach früheren Kriegen, darf nicht wiederkehren, denn er war ein Zeichen dafür, daß die Gesellschaft sich damals die Kriegsbeschädigten zum Teil wieder als schaffende Glieder einzuordnen vermochte. Daß das geschieht, das erfordert aber nicht nur die Renteneinweisung, der seine Gesundheit dem Vaterlande opferte, die Gesellschaft selbst hat ein dringendes Interesse daran. Nach diesem Kriege mit seinen großen Menschenverlusten mehr als je. Das Deutschland des künftigen Friedens wird ein Deutschland angestrengter Arbeit sein müssen. Es braucht alle seine verfügbaren Arbeitskräfte, um die Schäden des jahrelangen Stauens wieder auszugleichen und um die neuen Entlastungsmöglichkeiten des Friedens auszunutzen zu können. Wir können dabei auf die vielen Kriegsbeschädigten gar nicht verzichten.

Und wir brauchen es auch nicht. Denn wir haben gelernt, sie wieder arbeitsfähig zu machen. Verwunde und Amüßte sind allenthalben in Deutschland vorhanden. Vorbildlich ausgebaut ist die Fürsorge des stellvertretenden Sanitätsamtes des III. Armeekorps. Im Kreisbezirk Görden bei Brandenburg ist durch verständnisvolles Zusammenwirken von Arzt, militärischen Dienststellen und Zivilverwaltung der Provinz Brandenburg eine Organisation geschaffen worden, die sich vortrefflich bewährt hat.

Arbeitsfähigkeit setzt Arbeitswilligkeit voraus. Diese ist bei Schwerverletzten und Amputierten zunächst selten vorhanden, beargwöhnt genug. Der seelische Traud des Verlustes eines Gliedes lähmt die Energie, und der Betroffene spürt sich leicht in die entlagene oder verblühtete Stimmung der Hoffnungslosigkeit und Vergeblichkeit ein. Diese Stimmung muß zunächst überwunden werden, und als eines der Mittel, die dazu verhelfen, hat man in Görden Turnen, Spiel und Sport erkannt. Sie sind zunächst und in erster Linie als Hilfsmittel in der Behandlung eingestellt worden, und die auf physiologischer Grundlage beruhenden und sachärztlich durchdachten manigfachen Übungen haben naturgemäß für die Wiederherstellung der Gebrauchsfähigkeit verletzter Gliedmaßen und für die allgemeine Anpassung des Körpers an die durch Gliederverluste entstehenden Schwierigkeiten die größte Bedeutung. Es wirkt erfrischend, wenn man die Ergebnisse dieser Arbeit sieht: Einbeinige, die ohne Prothese mit größter Gewandtheit Schlenkerball spielen, den Sperr 30 Meter weit werfen, im Hochsprung Leistungen von 1,45 Meter, im Dreisprung von 6,20 Meter erzielen. Einarmige, die Faustball spielen, sportmäßig rudern usw. Das für die weitere Behandlung und die Eingewöhnung in die Arbeit Wichtige ist die seelische Auswirkung dieser Leistungen. Der sportmäßige Betrieb, wie er in Görden üblich ist, spornet den Wettstreit an, und indem er so jeden einzelnen veranlaßt, nach einer Höchstleistung zu streben, gibt er ihm ganz unmerklich Selbstvertrauen, Selbstbewußtsein und Freude. Dieser unmittelbare Ausdruck der Freude am eigenen Können ist viel-

leicht der stärkste Eindruck, den der Zuschauer von diesen Übungen und Wettspielen mitnimmt.

Tamit aber, daß der einzelne freudig Selbstvertrauen zurückgewonnen hat, ist die tragfähige Grundlage geschaffen für die Eingewöhnung in anstrengende Arbeit. Grundriß ist, jeden nach Möglichkeit in seinem Beruf zu erhalten. Nur, wo das nicht durchführbar ist, weil der Grad der Verwundung es anspricht, wird der betreffende für einen anderen, seinem förderlichen Zustande angepaßten, tunlichst verwandten Beruf angeleitet. Diesen Zweck dienen in Görden eine Berufsberatungsstelle, Unterrichtsstufe, sowohl allgemeine wie fachliche, Werkstätten und ein landwirtschaftlicher Gutsbetrieb.

Die Berufsberatung sucht Einblick in die persönlichen Verhältnisse des Kriegsbeschädigten, seine bisherige Berufstätigkeit usw. Sie bemüht sich, die etwa noch vorhandene Mutlosigkeit zurückzudrängen, und sie macht ihm für die zu benütenden Ausbildungsmöglichkeiten Vorschläge.

Die Kurse umfassen Schreiben (auch für Linkshänder), Maschinenschreiben, Kurzdruck, Bürgerkunde, gewerbliche Buchführung, kaufmännische Fächer, Kurse für Landwirte und andere Beamte, Zeichnung sowie einen Meisterkursus, der die Möglichkeit bietet, die Meisterprüfung abzulegen.

Von entscheidender Bedeutung ist die Arbeit in den gewerblichen Werkstätten und im Gutsbetrieb. Hier wird der einzelne in der Verwendung seiner Prothese und in der durch seinen Körperzustand bedingten Anpassung der Arbeitsmethoden unterwiesen. Er bekommt Gelegenheit, sich praktisch wieder in seinen alten oder den erwählten neuen Beruf einzugewöhnen, die mannigfaltigen Erwidungen, die sich naturgemäß zunächst einstellen, langsam zu überwinden, die Scheu vor der Arbeit, die ihm nicht mehr zu liegen scheint, abzustreifen und so allmählich wieder in die Selbstverständlichkeit der beruflichen Betätigung hineinzuwachsen. Und was die so erwachte Lebensenergie an neuer Geschäftlichkeit und Kraftäußerung trotz aller schwerer Verletzungen und Verluste erzeugt, in der handwerklichen wie in der landwirtschaftlichen Arbeit, das kann nur die unmittelbare Beobachtung deutlich machen.

Keiner aber, der durch die Arbeitsstätten und über die Spielplätze des Kreisbezirks Görden ging, und der Zeuge des freudigen Könnens, das da gepflanzt und gepflegt wird, wurde, wird auch die ungenügende sozialpolitische Tragweite dieser Fürsorge vermissen, denn sie schafft unmittelbar mit an den Quellen alles Volkswohlfühandes, an der Straft zu arbeiten, die gerade den Kriegsbeschädigten vielfach verlopft zu sein schien.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. Oktober 1917.

Die Zentralratsung am 12. Oktober wurde vom Kollegen M. Schumacher geleitet. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht der Verbandsrevisoren für das 3. Vierteljahr. Kollege Westendorff konnte dabei auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß die Mitgliederbewegung nach wie vor in aufsteigender Richtung geht und daß die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften von 63064 im zweiten Quartal auf 71271 gestiegen ist. Freilich sind nicht alle Gewerkschaften daran beteiligt; einige haben sogar noch einen weiteren Rückgang zu verzeichnen. Hoffentlich trägt das Wachstum der anderen dazu bei, eine rege Tätigkeit für die Gewinnung neuer Mitglieder allgemein zu entfalten! Masse, Bücher und Belege sind in gewohnter Ordnung vorgefunden worden.

Sodann berichtete Kollege Sartmann eingehend über verchiedene Konferenzen beim Reichsfanzler und im Kriegsamt, ferner über die Beteiligung an der Gründung des Bürgerausschusses Groß-Berlin und über verchiedene Eingaben, die seit der letzten Sitzung namentlich an das Kriegsamt gerichtet worden sind. Er forderte ferner die Gewerkschaften zu recht reger Beteiligung an der vom Deutschen Wohnungsausschuss in Aussicht genommenen Wohnungsreformfundgebung auf. Endlich teilte er mit, daß mit dem befreundeten österreichischen Organisationsamt ein reger Gedankenaustausch stattfindet, der voraussichtlich zu gegenseitigen Besuchen führen wird. In der lebhaftesten Aussprache über diese Berichte wurde namentlich die Handhabung des Sillsdienstgesetzes und die Beschränkung der Versammlungsfreiheit wie sie in verchiedenen Generalamandobereichen noch geübt wird, einer scharfen Kritik unterzogen. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat des Herrn Abgeordneten Weine-

banien, zwecks Stellungnahme zur Verbetätigung der "Vaterlandspartei". Darüber wird im Zeitartikel dieser Nummer Näheres gesagt.

Unter den sozialpolitischen Maßnahmen der nächsten Zeit wies Stoltege Hartmann auf verschiedene wichtige Eingaben hin, die in alleräusserster Zeit den entscheidenden stöperperiodischen unterbreitet werden. Unter "Reiseberichte" machte Stoltege Hartmann Mitteilung über seinen Besuch im Großen Hauptquartier, über eine der Agitation dienende Besprechung in Detmold, über Ortsverbandskonferenzen in Chemnitz und in Posen sowie über Ortsverbandsernennungen in Frankfurt a. O., Liegnitz und Striegau. Den Schluß der Sitzung bildeten kurze Mitteilungen des Herrn Weinhausen aus dem Reichstage.

**Zusammenfluß in der Angestelltenbewegung.** Die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, der die gewerkschaftlich gerichteten Verbände der kaufmännischen, technischen und Büroangestellten angeören, hat im Verlaufe des Krieges ihr Tätigkeitsgebiet wesentlich ausgedehnt. Der Gedanke der Vereinfachung und Sozialisierung des Arbeitsrechtes hand zwar nach wie vor im Vordergrund ihrer Wirksamkeit, doch konnte auch auf den übrigen Gebieten der Sozialpolitik, insbesondere in der Kriegsbeschäftigtenfürsorge, bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und den Vorarbeiten für die Organisierung der Uebergangswirtschaft eine wertvolle umfangreiche Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. Die erzielten Erfolge und die nach dem Kriege bevorstehenden schwierigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Angestelltenvereinigungen liegen es geboten erscheinen, aus der bisher losen Arbeitsgemeinschaft ein fester gestütztes Statell zu schaffen. Eine kürzlich abgehaltene Vorstandskonferenz aller angehörenden Verbände hat deshalb einstimmig beschlossen, die bestehende Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht zu einer Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände auszubauen. Nach den angenommenen Satzungen ist die A. f. A. die gemeinsame Vertretung der ihr angehörenden Verbände auf der Grundlage eines reinen und einheitlichen Arbeitnehmerstandpunktes. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Ziele auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die Arbeitsgemeinschaft ist im Beirat des Reichsamtantes und im Beirat des Reichsdominanzamts für Uebergangswirtschaft vertreten; ihre Geschäftsstelle befindet sich Berlin N.W. 2, Berolstr. 7.

**Gewerkekrankheit als Betriebsunfall.** Zeit Jahren ist das Bestreben der Arbeiterschaft darauf gerichtet, daß die Gewerkekrankheiten, insbesondere die gewerkschaftlichen Vergiftungen, den Betriebsunfällen gleichgestellt und entsprechend durch die Veriderung entschädigt werden. Bisher hat man diesem Verlangen nicht Rechnung getragen. Jetzt hat der Bundesrat am 12. Oktober eine Verordnung erlassen, wonach, wenn eine gegen Unfall versicherte Person bei der Vertellung von Kriegsbedarf sich eine Gesundheitschädigung durch aromatische Nitroverbindungen zuzieht und infolge ihrer Einwirkung stirbt, Sterbegeeld und Hinterbliebenenrente gewährt werden müssen, auch wenn der Tod nicht als Folge eines Unfalles, sondern als Folge einer allmählichen Einwirkung der genannten Stoffe anzusehen ist. Die Verordnung hat rückwirkende Kraft für die seit dem 1. August 1914 eingetretenen Todesfälle. Ansprüche auf Sterbegeeld und Hinterbliebenenrente, die nach dieser Zeit abgelaufen worden sind, sollen vom Veriderungsträger nach den Vorschriften der neuen Verordnung nachgeprüft werden.

Das heißt mit anderen Worten: Die Vergiftung durch aromatische Nitroverbindungen, also eine Gewerkekrankheit ist als Unfall anzusehen und als solcher zu entschädigen. Wir sind der Meinung, daß nunmehr der Grundriß nicht länger aufrecht erhalten werden kann, daß die übrigen Gewerkekrankheiten anders wie als Unfälle bewertet werden. Auch die müssen künftig den gewerkschaftlichen Unfällen gleichgestellt werden. Auch auf diesem Gebiete also hat sich der Arbeiterschaft als ein Lehren erwiesen. Die Lehren müssen nur an der maßgebenden Stelle beherzigt werden.

**Der Verionenerwerb der deutschen Staatsbahnen** hatte in den letzten 12 Friedensmonaten (August 1913—Juli 1914) die höchsten bis dahin erzielten Einnahmen gebracht. Im ersten Kriegsjahre (August 1914—Juli 1915) blieb demgegenüber die Einnahme um 32,1 Proz. im zweiten

Kriegsjahre um 21 Proz. zurück; dagegen hat sie, wie die "Norddeutsche Allgemeine Ztg." schreibt, in dem jetzt abgelaufenen dritten Kriegsjahre jenes hohe Friedensergebnis nicht nur wieder erreicht, sondern noch um 5,3 Proz. überschritten und einen Betrag von 1061 Mill. Mark erbracht.

Der Güterverkehr, der im ersten Kriegsjahre gegen das auch hier einen Höchststand zeigende letzte Friedensjahr um 16,3 Proz. zurückgeblieben war, holte das Friedensergebnis bereits im zweiten Kriegsjahre wieder ein, um es im dritten Kriegsjahre mit 2404 Mill. Mark um 8 Proz. zu überschreiten. In diesen Zahlen sind die Einnahmen aus dem Militärverkehr mit enthalten; sie betragen aber im Durchschnitt der drei Kriegsjahre nur ein Achtel der Gesamteinnahmen. Das sind gewaltige Zahlen, die für die ungeheure Kraft unseres wirtschaftlichen Lebens ein vollgültiges Zeugnis ablegen.

**Der Gedanke der gewerkschaftlichen Gemeinschaftsarbeit** findet auch in Oesterreich warme Bestätigung. In einer Zuschrift aus Oesterreich, veröffentlicht in den "Annsbrücker Nachrichten", veröffentlicht ist, wird für die Idee in überzeugender Weise, unter Hinweis auf die Verhältnisse in Deutschland, Stimmung gemacht. So heißt es in der Zuschrift:

"Neben nach dem Kriege die Gewerkschaften lediglich die wohlverstandenen Interessen ihrer Mitglieder im Auge, die ganz natürlich mit dem allgemeinen Interesse verknüpft sind, dann hebt eine gemeinschaftliche Stellungnahme in sozialpolitischen und auch in gewissen wirtschaftspolitischen Tagesfragen nichts im Wege. Einem derartigen Vorgehen, konsequent auf ein bestimmtes, für erreichbar und durchführbar gehaltenes Ziel gerichtet, dürfte ein größerer Erfolg beschieden sein, als wenn eine einzelne Partei viel weiter gehende Forderungen einer einzelnen oder verschiedener Gewerkschaftsrichtungen vertritt. Im letzteren Falle tritt für die übrigen Parteien immer das damit mehr oder weniger verbundene politisch-agitatorische Bedürfnis in den Vordergrund. Einem gemeinschaftlichen Vorgehen aller Gewerkschaften steht aber auch der Werbeweg in allen Parteien ohne Unterschied offen. Auch die Regierung kann sich einem solchen viel weniger entgegenstellen; in manchen Fällen wird ihre Stellungnahme dadurch erleichtert. Ich bin der bestimmten Ueberzeugung, daß eine gemeinschaftliche Stellungnahme zu bestimmten Fragen auf Regierung und Parteien den nachhaltigsten Eindruck ausüben wird."

Es wäre nun noch zu erörtern, in welcher Form und unter welcher Voraussetzung ein Zusammenarbeiten in praktischen gewerkschaftlichen Fragen, ferner eine gemeinschaftliche Stellungnahme in sozial-, eventuell wirtschaftspolitischen Fragen zu geschehen habe. An eine Verschmelzung ist nicht zu denken. Klame in Frage, ob man bestimmte Normen für ein gemeinschaftliches Arbeiten herbeiführt und schriftlich niedersetzt, oder ob die Parteien von Fall zu Fall sich in aller Freiheit zusammenfinden. Ich ziehe das letztere für den Augenblick vor. Ob sich daraus etwas anderes entwickelt, muß man der Zukunft überlassen."

Das sind Ausführungen, die sich im großen Ganzen durchaus mit der von uns mehrfach vertretenen Auffassung decken. Wir würden ihnen in Oesterreich und im Deutschen Reich gründlichste Beachtung.

**Krankensicherung der Arbeiter im besetzten Auslande.** In einem Erlaß des preussischen Handelsministers an die Regierungspräsidenten wird festgelegt, daß gemäß der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1916 folgende Ortskrankenkassen die Versicherung der von deutschen Unternehmern für Zwecke des deutschen Heeres oder der kaiserlichen Marine in dem von deutschen Truppen besetzten Auslande Verdienstlichen zu übernehmen haben, soweit die Veriderung nicht nach § 2 Abs. 1 und § 3 e. a. E. in Betriebskassen zu erfolgen hat:

1. für die besetzten Gebiete in Belgien und — soweit nicht Krankenkassen in Glask-Lothringen in Frage kommen — in Nordfrankreich: die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Eupen mit Ausnahme der Stadt Eupen; in Gmatten;
2. für die Bezirke der Militärverwaltungen Kurland, Litauen und Pilschod-Grodno; die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lnd;
3. für den Bezirk des Generalkommandos Warschau; die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Thorn;
4. für die übrigen von deutschen Truppen besetzten Gebiete in Rußland, Rumänien und Serbien; die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtkreis Stettin in Stettin.

**Die Arbeitslöhne in der Staatsbahnverwaltung** sind mit rückwirkender Kraft bis zum 1. August d. J. um 10 Prozent erhöht worden, nachdem den Eisenbahnern neben zweimaligen Teuerungszulagen schon gewisse Lohnsteigerungen gewährt worden sind. Die "Nordd. Allg. Ztg." bemerkt dazu:

Welche Aufwendungen die Kriegsfürsorge für die Bedienten der Eisenbahnverwaltung erforderlich macht, erbellt aus der Tatsache, daß im Bereiche der preussischen Staatsbahnverwaltungen einschließlich der Reichsbahnen der Betrag der Kriegszulagen und Lohn-erhöhungen im ganzen sich auf beträchtlich mehr als 500 Millionen Mark im Jahre beläuft. Davon entfällt der Hauptanteil, etwa 60 v. H., auf die Zulagen und die Lohnserhöhungen der Arbeiter, wobei der jetzt bewilligte 10prozentige Lohnzuschlag noch nicht in Rechnung gezogen ist. Im Jahre 1914 hat der gesamte Lohnstand 143 Millionen Mark betragen, die während des Krieges bewilligte Erhöhung der laufenden Bezüge erfordert eine Jahresausgabe von 317,8 Millionen Mark! Diese beiden Zahlen, nebeneinander gehalten, zeigen wohl zur Genüge, daß die Staatseisenbahnverwaltung keineswegs einseitig vorgegangen ist, sondern im Gegenteil für die Zwecke der Kriegsfürsorge reichliche Mittel zur Verfügung gestellt hat. Wenn in der Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes am 11. d. M. unter Hinweis auf die noch höheren Löhne in der Nahrungsinidustrie das Verlangen nach weiteren Lohnserhöhungen beauftragt worden ist, so kann demgegenüber auf die Tatsache hingewiesen werden, daß von der den Eisenbahnarbeitern zuteilenden Bezüge, das Arbeitsverhältnis in der Eisenbahnverwaltung mit dem in der Nahrungsinidustrie zu vergleichen, seitens der Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung keinerlei Gebrauch gemacht worden ist. Man wird daraus den Schluß ziehen dürfen, daß die in der erwähnten Versammlung geäußerten Beschwerden und Wünsche über das berechtigte Maß hinausgehen und daß in Wirklichkeit die Fürsorge der Staatseisenbahnverwaltung für ihre Eisenbahnarbeiterchaft berechtigten Ansprüchen durchaus entspricht. Diese Fürsorgeleistung beschränkt sich übrigens keineswegs auf die vorerwähnte Erhöhung laufender Bezüge. Vielmehr sind daneben bereits mehrere Male einmalige Teuerungszulagen, die sehr erhebliche Summen erforderten, gewährt worden. Ferner stehen der Eisenbahnarbeiterchaft aus der Vermehrung der Heberstunden und aus den zur Erhöhung der Betriebsleistungen gewährten hohen Rangverläufen erhebliche Beirinnahmen zu. Auf dem Gebiete der Lebensmittelfürsorge hilft die Staatseisenbahnverwaltung in besonders noticeable Weise, indem sie unter Anwendung sehr erheblicher Mittel ihren Bedienten Sonderzulagen gewährt. Wenn man die Gesamtheit dieser Fürsorgeleistungen ins Auge faßt, wird der Staatseisenbahnverwaltung die Anerkennung nicht verweigert werden können, daß sie mit ihren Maßnahmen allen berechtigten Anforderungen entsprochen hat. Mit den bisher gewährten Verbesserungen und Beihilfen braucht die Anglegenheit selbstverständlich nicht weiter zu sein. Gerade die großzügige Art, mit der die Staatseisenbahnverwaltung bisher die Aufgabe der Kriegsfürsorge für die Eisenbahnbefindlichen behandelt hat, dürfte volle Gewähr bieten, daß sie, falls die Bedürfnisse ergehen sollten, das bisherige Unterhalten nicht ausreichen, zu geeigneter Zeit der Frage erneut näher treten würde.

Das ist alles ganz gut und ganz schön, hilft aber über die Tatsache nicht hinweg, daß die Eisenbahner angesichts der furchtbaren Teuerungserhältnisse trotz der 10prozentigen Lohnserhöhung sich im allgemeinen in einer recht traurigen Lage befinden. Was bedeuten denn 10 Prozent bei den niedrigen Löhnen, mit denen man die Eisenbahner abzuweisen gewohnt war? Die im letzten Jahre in Aussicht gestellte Nachprüfung sollte nur in die Höhe zu erfolgen, damit die Arbeitslosigkeit und Pflüchtene der Eisenbahner nicht auf eine allzu harte Probe gestellt wird.

**Gibt es kein Salten mehr?** Die Preise für die Waren des täglichen Bedarfs haben heute eine Höhe erreicht, die Schwindel erregt. Ganz allmählich sind sie auf das Doppelte, das dreifache, das vier-, fünf-, ja tauendfache angewachsen. Und noch immer steigt die Welle. Es scheint kein Salten zu geben. Evidentend hoch ist der Kartoffelpreis hinaufgeschraubt worden. Die Kartoffel soll uns für die kommende Wirtschaftsveriode über Wasser halten. Es scheint aber, daß das an den Preisen scheitern wird. Wenn März je Zentner wird der Herbst- und Winterpreis sein. Zu dem Erzeugerpreis von 5 bzw. 6 Mark für den Zentner treten im Gegensatz zu dem Vorjahre allerlei Bräunien für die schnelle Lieferung, für die Anfahrt. Da der Handel mit Saatkartoffeln zugelassen ist, kann man gespannt sein, wie die Entwicklung sich weiterhin gestalten wird. Ohne Vorkabengabe kann man jetzt schon vorhersehen, daß zum Frühjahr hin der Preis eine weitere Anstiegsbewegung machen wird. So, es taucht die ganze Frage auf, ob dann überhaupt noch Kartoffeln zu haben sind, trotz der guten Ernte. Wie der Kartoffelpreis, befinden sich alle anderen Preise in der Auf-

wärtsbewegung, so für Brot, Butter, Milch. Die Fleischpreise werden bald nachholan. Die Eier haben erst eben einen gehörigen Auf nach oben getan.

Schlimmer als mit diesen rationierten Waren steht es mit Obst und Gemüse. Zimmer höher sind diese Preise gestiegen. Trotz der enormen Höchstpreise herrscht das größte Chaos. An die Sortierung kehrt sich kein Mensch. Für den festgesetzten Preis der ersten Sorte von 65 Bfg. erhält der Verbraucher das unmöglichste Gemüse angeboten. Noch toller ist es auf dem Gemüsemarkt. Die Preise balancieren auf schwindelnden Füßen. Will der Verbraucher etwas haben, so ist er gezwungen, jeden Preis zu bezahlen, der ihm abverlangt wird. An Höchstpreise kehrt sich niemand.

Die schwindelhafteste Entwicklung jedoch finden wir bei den sonstigen Waren. Man sehe sich das Voltigieren im Bekleidungsgerwerb einmal an. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat wird ein höherer Preisstand erletet. Ebenso steht es mit den Haus- und Küchengeräten, von allen anderen Geschäftsgruppen ganz zu schweigen. Die Quelle dieser „Hochkonjunktur“ ist bei den Erzeugern und Fabrikanten zu suchen. Während diese anscheinend garabesu fowerrän schalten und walten, ist den Kleinbäckern oft nur ein Verdienst von 10 Prozent eingeräumt. Natürlich kann bei den heutigen Verhältnissen kein Mensch davon sein Leben fristen und die Folge ist, daß sie sich schädlich zu halten suchen, wo es eben geht. Die Kaffiere dieser Bucherwirtschaft sind natürlich die Verbraucher, während sie nicht ein noch auswissen. Gibt es denn kein Halten mehr?

Die Kontrolle der Laubenkolonisten scheint, soweit sie sich auf den Bahnhöfen abspielt, immer mehr zur allgemeinen Berärgerung zu werden. Dabei ist ihr Ergebnis äußerst dürftig, und die Mengen der auf diesem Wege beschlagnahmten, den kleinen Samstern abgenommenen Lebensmittel dürften kaum hinreichen, das Lieberwachsungsheer zu befähigen. Die Herren Gendarmen pflegen besonders in den Morgenstunden, welche die Gartenbesitzer in die Stadt führen, teils aus den Beamtenräumen der Stationsgebäude, teils aus benachbarten Wirtschaften kommend, erst in dem Augenblick vor oder hinter der Sperre aufzutreten, in welchem der Zug sich der Haltestelle stark genähert hat. Nun werden solvete Personen als möglich genötigt, ihre harmlosen aber des Gewichtes wegen meist gut verschmürten Pakete mit den Erzeugnissen ihres Gartenfleisches zu öffnen — ohne Rücksicht darauf, ob und wie sie dann den ja nur Augenblicke haltenden Zug erreichen. Hier tut Wandel not. Entweder erfolge die Revision in angemessener Weise, d. h. rechtzeitig, oder man lasse die Hände davon. Denn ein Grund zu der jetzt beliebten, stark nach Schikane schmeckenden Lieberwachsungsart ist nicht erkennbar.

**Englisches Lob der deutschen Heimatsfront.**  
Der langjährige Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt in dieser Zeitung vom 28. September u. a.:

„Es ist das britische Volk klar darüber, daß die deutsche Armee und Marine immer noch imstande sind, dreiviertel der Welt einen unüberwindlichen Widerstand zu bieten, hauptsächlich weil die deutsche Zivilarmee von 60 Millionen Seelen einen Kampf durchführt, der in der Geschichte ungleiches ist? Der Hauptgrund, weshalb wir Deutschland noch nicht geschlagen haben, ist, daß im Rücken der Armee eine Heimatearmee steht, die trotz mancher Entbehrungen und Beschwerden eine Zähigkeit enthält, die schon übermenschlich ist. Keine optimistischen Freunde glauben, daß die deutsche Fähigkeit zum Leben nicht ewig dauern kann. Sie reden sich ein, daß sich Deutschland in der Auflösung befindet. Drei Jahre und zwei Monate war ich bemüht, Beweise hierfür zu finden, und ich muß gestehen, daß sie so wenig wie je zu erweisen sind. Wenn wir an die ungeschlagenen Taten denken, die gegen tausend von deutschen Familien vollbracht werden, so werden wir das Geheimnis erkennen, warum unser unheimlich kraftvoller Gegner noch nicht geschlagen ist.“

Dieses Lob aus Feindesmund, wenn auch als Ansporn der eigenen Nation gedacht, dürfte doch manchem Briten die Frage nahe legen: Wie lassen sich die Herrbilder des deutschen Volkes, von denen nunmehr seit Jahren fast die ganze öffentliche Meinung Englands beherrscht ist, damit in Einklang bringen?

**Zur Landarbeiterfrage in England und Amerika.** Wie der „Arbeitsnachweis in Deutschland“ mitteilt, gab es im Jahre 1881 nach der amtlichen Statistik in England 831 000 männliche landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten, einschließlich der Schäfer. Im Jahre 1914, kurz vor Kriegsausbruch, zählte man dagegen nur noch etwas weniger als 621 000. An diesem Rückgang um über 210 000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte ist in erster Linie die Umwandlung von Acker- in Grasland schuld. Aber auch die Einführung von Maschinen und die veränderte Wirtschaftsweise haben zahlreiche landwirtschaftliche Arbeitskräfte vom Lande verdrängt. Seit Kriegsbeginn ist nun die englische Regierung damit beschäftigt, die dringend benötigten Landarbeiter dem Meer und der Industrie, wo sie nicht minder nötig gebraucht werden, zu entnehmen, um sie der Landwirtschaft zuzuführen. Gleichzeitig ist sie bestrebt, 3,4 Millionen umgewandeltes Ackerland wieder zum Getreidebau herrichten zu lassen, zu welchem Zweck zahlreiche ausländische Arbeitskräfte aus Kanada, Südafrika und Australien ins Land gezogen worden sind.

Man kann bestimmt damit rechnen, daß auch Amerika unter ähnlichen Schwierigkeiten zu leiden haben wird. Auch dort macht sich während des Krieges ein starker Arbeitermangel bemerkbar. Er ist zunächst darauf zurückzuführen, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter Amerikas in großem

Umfange zur Industrie abgewandert sind, wo sie höhere Löhne erhalten als in der Landwirtschaft. Hinzu kommt, daß die Einwanderung, die in Friedenszeiten in großem Umfange zur Bewältigung der Landarbeiten beitrug, während des Krieges auf ungefähr ein Drittel gesunken ist. Gerade hieraus erklärt sich ja auch, daß in Amerika seit dem Jahre 1915 die Anbaufläche des Winterweizens so stark zurückgegangen ist. Der Mangel an Erntearbeitern macht sich sowohl quantitativ als auch qualitativ bemerkbar. Die Felder können ohne Schwierigkeiten nicht in dem früheren Umfange bestellt werden, und darüber hinaus kann der Boden nicht mit Sorgfalt bearbeitet werden, wie es gerade jetzt, namentlich bei dem Mangel an Dünger, unbedingt notwendig ist. Es ist dies eine Erscheinung, die nicht nur in Nordamerika, sondern auch in Südamerika festzustellen ist. Nach den Erfahrungen, die man während des Krieges gemacht hat, muß erstlich besperrt werden, ob Amerika imstande ist, eine so starke Ausdehnung der Anbaufläche vorzunehmen, wie jetzt geplant ist.

**Aus dem Verbands.**

**Berlin.** Die 580. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltung findet am Sonntag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr im Konzertsaal der Hgl. Hochschule für Musik, Hardenbergstraße, statt. Mitwirkende sind: Frau Margarete Brieger-Palm und Herr Leo Gollmann: Vieler und Duette, Fräulein Gertraud Rube: Deutsche Dichtungen, Herr Leopold Prempelaw, Hgl. Konzertmeister: Violine.

**Versammlungen.**

**Berlin.** Distriktsklub der Deutschen Gewerbetreibenden. Verbandshaus der Deutschen Gewerbetreibenden (S.-D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 7. Okt., ab. 8 1/2 Uhr. — Randitershilfsverein Groß-Berlin (O.-D.). II (S.-D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Sport-Resaurant, Dürrenstraße 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung, Bülowstraße 93 bei Geracht. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonnabend, 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Nordwest-Latino“, Mi-Roadit 55, Versammlung mit Damen. Vortrag des Kollegen G. Leis auf: Vaterländische Pflicht und Arbeiterinteressen. Krankenunterstützungen werden nur in den Versammlungen und Jahreshenden gehalten.

**Veränderungen beim. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**  
Wesen (Ordnung). Hermann Fuchs, Schriftführer, D. 1, Halldorffstr. 16 III.

**Orts- und Regionalverbände.**  
Reipzig (Ordnung). Vertreterversammlung am Donnerstag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr im Verbandslokal. Sonntag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal „Stadt Hannover“.

**Anzeigen-Teil**  
**Begräbniskasse**

des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden. (Gegründet 1878.)

Nach Genehmigung durch das Kaiserliche Aufsichtsamt können auch die männlichen Mitglieder der uns angeschlossenen Gewerbetreibenden, sowie deren Ehefrauen, Söhne und Töchter, Brüder und Schwäger — bis zu 200 M. ohne ärztliche Untersuchung — eine Begräbniskassenversicherung von 100—500 Mark abschließen. Das Vermögen der Kasse betrug am 1. Juli 1917 134 359,— M.

**Wichtige Beiträge!**

Garantierter Versicherungssumme.  
Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre  
in den nachstehenden Stufen:

Versichertes Begräbnisgeld	Stufe I		Stufe II		Stufe III	
	Beim Eintritt von 15—30 Jahren		Beim Eintritt von 30—40 Jahren		Beim Eintritt von 40—45 Jahren	
	Wöchentliches Beitrag		Wöchentliches Beitrag		Wöchentliches Beitrag	
a) 100 Mark	5 Pfennig		7 Pfennig		10 Pfennig	
b) 200 „	10 „		14 „		20 „	
c) 300 „	15 „		21 „		30 „	
d) 400 „	20 „		28 „		40 „	
e) 500 „	25 „		35 „		50 „	

Zu allen Ortsvereinen sind Verwaltungsräten einzurichten!

Es bedarf nur der bauernden Anregung in den Vereinsversammlungen, um die Zahl der Versicherten in unserer Begräbniskasse zu vermehren. Auch in schwerer Kriegszeit muß ernste Friedensarbeit geleistet werden.

Prospecte, Antragsformulare etc. bei allen Ortsvereinstellern oder auf Verlangen kostenfrei von unserer Geschäftsstelle Berlin NO. 55, Weißwasserstr. 221—223.

Der Vorstand der Begräbniskasse des Verbandes.  
W. Mähler, Vorsteher. R. Klein, Hauptkassierer.

**Rassen-Abgleich der Begräbniskasse des Verbandes der Deutschen Gewerbetreibenden für das III. Quartal 1917.**

Einnahme	Ausgabe	
	⌘	⌘
In Vortrag	4962	60
Beiträge	2676	21
Stafen	1190	15
	8828	96
Per Begräbnisgeld	1845	—
Entscheidungen:		
Vertrauensmänner	118	19
Vorstandsmitglieder	15	50
Aufsichtsrat	8	—
Geschäftsführung	90	—
Schreibarbeit	75	—
Kriegsbeihilfe	87	50
Material und Druckkosten	111	65
Porto	57	01
Kassenbestand	6506	11
	8858	96

Gesamt-Vermögen	Nennwert		Ankaufswert		Auswert	
	⌘	⌘	⌘	⌘	⌘	⌘
3 1/2 % Deutsche Reichs-Anleihe	68500	—	58978	45	48101	25
5 % Deutsche Reichs-Anleihe	19500	—	19196	90	19196	90
3 1/2 % Berliner Stadt-Anleihe	24400	—	24248	85	21350	—
4 1/2 % Berliner Stadt-Anleihe	19500	—	19471	95	18989	25
4 1/2 % Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	3957	50	3886	—
4 1/2 % Meining. Hypotheken-Pfandbriefe	11500	—	11875	—	10918	—
1. Hypothek zu 4 1/2 %	7000	—	7000	—	7000	—
Kassenbestand	6506	11	6506	11	6506	11
	165906	11	150729	76	185902	61

Stichtagszahl: 2872.

Berlin, den 1. Oktober 1917.

R. Klein,  
Hauptkassierer.

Gedruckt und richtig befunden.

Berlin, den 8. Oktober 1917.

Der Aufsichtsrat:

S. Härtig, Hermann Gharff.